



Der Weltfriedenstag darf nicht in Vergessenheit geraten!

Die Bezirksverordnetenversammlung hat auf Antrag der LINKEN beschlossen, am 1. September, dem Weltfriedenstag, die Friedensfahne vor dem Lichtenberger Rathaus zu hissen. In Vorfreude auf das Ereignis haben Genossinnen und Genossen aus Lichtenberg vor dem Rathaus eine kleine Friedensaktion durchgeführt.

Ich sag mal ...



Ich stehe zur Wahl. Im vergangenen Jahr wurden in Lichtenberg 3 600 Kinder geboren und viele junge Familien zogen hierher. Unser Bezirk wächst gewaltig. Lichtenberger Schulen sind schon jetzt rappellvoll. Bis 2024 braucht Lichtenberg 10 000 neue Schulplätze. Das ist berlinweit der höchste Zuwachs. In Lichtenberg wird die Schülerzahl in den nächsten neun Jahren um fast 50 Prozent steigen. Für unseren Bezirk bedeutet das Schulneubauten, Ergänzungsbauten und auch die Sanierung bestehender Schulen. Für Letzteres hat der Bezirk Lichtenberg gegenüber dem Land bereits einen Bedarf von 330 Millionen Euro angemeldet.

Lichtenberg hat im Vergleich zu anderen Bezirken ein Guthaben und zwar 32 Millionen Euro. Lichtenberg ist damit Spitzenreiter unter den Berliner Bezirken. Dieses Geld gehört den Lichtenbergern! Und es sollte in bessere Schulen investiert werden. Unseren Kindern gebührt unsere größte Aufmerksamkeit!

Die jetzige Bezirksbürgermeisterin will aus dem Überschuss 7 Millionen Euro für Schulsanierungen einsetzen. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Sie verdienen in funktionierenden Schulen zu lernen. Dafür tragen wir die Verantwortung.

ERVIM SOMMER

MICHAEL GRUNST

Eine gute Kita für jedes Kind

Lichtenberg ist ein kinder- und familienfreundlicher Wohn- und Lebensort. Viele junge Menschen ziehen nach Lichtenberg, gründen Familien, brauchen bezahlbaren Wohnraum, eine funktionierende Infrastruktur und Kitas für die Kinder.

Die LINKE setzt sich dafür ein, den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auszuweiten und die Bedarfsprüfung abzuschaffen. Damit bekommen alle Kinder den Zugang zur Kita - unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Die Beitragsfreiheit wollen wir auch für Kinder unter drei Jahre. In Lichtenberg, wo jedes dritte Kind in Armut lebt, ist das ein Muss. Fast 13 000 Kitaplätze gibt es in Lichtenberg, über

20 neue Kitas werden in Lichtenberg bis 2020 entstehen. Notwendig dafür ist, dass ausreichend Bundes- und Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Und wir brauchen ein Landesinvestitionsprogramm für Kitaneubau und -sanierung.

Vor allem muss der notwendige Ausbau der Kapazitäten mit der qualitativen Weiterentwicklung der Kitas verbunden sein. Die fachlichen und personellen Ausstattungsstandards müssen ermöglichen, das Berliner Bildungsprogramm in jeder Kita umzusetzen. Gut qualifiziertes und motiviertes Personal ist ausschlaggebend für die Qualität vorschulischer Förderung in der Kita. Um dem Fachkräfte-

mangel entgegen zu wirken, gehören die Rahmenbedingungen der Beschäftigten auf den Prüfstand. Dazu muss auch eine Anhebung der Einkommen erfolgen und die bundesweite Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst Maßstab sein. Die Ausbildungskapazitäten und -inhalte müssen den wachsenden Anforderungen angepasst werden.

Und nicht zuletzt, die Information und Beratung von Eltern in den Kitagutschein- und Elterngeldstellen der Jugendämter muss sich verbessern. Auch dazu bedarf es mehr Personal. Es ist aber gut angelegt. Es ist für die Kinder, für ihren Start ins Leben.

Soziale Gerechtigkeit:

Interview mit Ulrich Schneider, Paritätischer Wohlfahrtsverband.



Lichtenberg und Weltpolitik:

Was die Friedensfrage mit der Kommunalpolitik zu tun hat.



Milieuschutz im Weitlingkiez:

Zum Für und Wider eines Milieuschutzes.



Ein Statement:

BBV-Kandidaten und ihre Schwerpunkte.



KURZ GEMELDET

GARNE SPENDEN

Für die Unterstützung der Frauen in den Nähstuben und Strickkreisen in der Ruschestraße 104 werden noch Garne, Nadeln, Wolle und Stoffspenden gesucht. Dies teilt Hartmut Zick, Ehrenamtskoordinator der dortigen DRK-Nothilfestation Infolinks mit. Derzeit leben hier ca. 1 300 Menschen, in erster Linie Familien mit kleinen Kindern.

Spenden können persönlich rund um die Uhr bei der Security Ruschestraße 104 abgegeben werden. Kontakt auch unter Tel. 513 019 037 und E-Mail zick@nothilfe.drk-mgs.de



Geschichte vom goldenen Taler

Nach Jahren des Sparkurses rennt der Bezirk Lichtenberg Jahr für Jahr zu neuen Gewinnen. Im Ergebnis hat der Bezirk im Gegensatz zu anderen Bezirken eine Rücklage von 32 Mio. Euro, die sich aus den Gewinnen der Vorjahre gebildet haben. Darüber hinaus erwartet der Bezirk dieses Jahr einen Gewinn von mindestens 6 Mio. Euro. Der eine oder andere goldene Taler wäre hier dabei.

Als Linksfraktion haben wir in den letzten Jahren immer darauf hingewiesen, dass es keinen Sinn macht, dieses Geld zu horten. Während der Bezirk von Jahr zu Jahr schwarze Zahlen schreibt, gibt es immer noch einen hohen Sanierungsstau von mehr als 330 Mio. Euro bei den Schulen, mehr als 45 Mio. Euro bei den Straßen und Gehwegen, mehr als 1 Mio. Euro bei der Baumpflege und Verkehrssicherheitspflicht und noch einmal 2,3 Mio. Euro für ausreichende sichere und

funktionierende Spielplätze. Kurzum: Es gibt einiges zu tun, um die soziale Infrastruktur des Bezirks überhaupt wieder Instand zu setzen.

Aus diesen Gründen hatten wir im letzten Jahr mit Unterstützung der BVV das Bezirksamt beauftragt, zusätzliche Mittel für Investitionen aus dem laufenden Haushalt bereitzustellen. Das Bezirksamt folgte dem, indem es mehr als 1,1 Mio. Euro für zusätzliche Investitionen bereitstellte. Nun könnte man meinen, dass sich auch dieses Jahr das Bezirksamt und die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen diesem Anliegen nicht verschließen würden. Daher beantragten wir, dass mindestens die Hälfte des zu erwartenden Jahresgewinns in Höhe von drei Mio. Euro für gezielte Investitionen in die Infrastruktur des Bezirks bereitgestellt wird. Wir nahmen das Bezirksamt beim Wort, indem wir einmal vom Bezirk gegenüber

dem Senat angemeldete vordringliche Investitionen wie den Bau eines Fahrstuhls für Eltern mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrerinnen am Bürgeramt in der Egon-Erwin-Kisch-Straße, den Neubau von Spielplätzen und die Teilsanierung der Lichtenberger Kultschule als Nachbarschaftstreff als Investitionsschwerpunkte vorschlugen.

Mit fadenscheinigen Begründungen hatten SPD, CDU und Grüne die Beratung des Anliegens zuerst auf die lange Bank geschoben, um dann mit Verweis auf ein zaghaftes Trostpflaster des Bezirksamts diesen Antrag abzulehnen. Statt umfänglich in die Infrastruktur des Bezirks zu investieren, wurden ohne Zielvorgabe 700 000 Euro in teilweise längst von der BVV beschlossene Einzelmaßnahmen gesteckt. Die Geschichte vom goldenen Taler, den man lieber putzt und hortet, statt zu investieren, ist in Lichtenberg wahrer denn je. DANIEL TIETZE

BÜRGERHAUSHALT

Infolge hartnäckigen Drucks der Linksparteifraktion konnten Lichtenberger zum Sommerbeginn in einem Workshop im Rathaus Verlauf und Wirkungen des seit 2012 veränderten Bürgerhaushaltsverfahrens überprüfen. Entwicklung der Stadtteile, der niedrigschwellige Zugang zum Verfahren, die Sicherung der Chancengleichheit und der lesbare Haushalt waren einige Brennpunkte der hochfrequentierten Veranstaltung. Ihre Ergebnisse sollen der Septembertagung der Bezirksverordneten anwendungsnah vorgelegt werden.

BÜRGERMEDAILLE

Bis zum 15. September können noch Vorschläge für die Lichtenberger Bürgermedaille beim Bezirksamt eingereicht werden (Sabine Iglück; Fax: 90 296 - 773526; E-Mail: sabine.iglueck@lichtenberg.berlin.de.) Die seit 2006 von der PDS/LINKE. eingereichte Ehrung gilt Lichtenbergern, die sich durch besonderes ehrenamtliches Engagement in Stadtbezirk verdient machen. Die silberne Medaille trägt auf der Vorderseite die Inschrift „Bürgermedaille Berlin-Lichtenberg“, die aktuelle Jahreszahl und ein Bild des historischen Lichtenberger Rathauses. Die Rückseite ziert das Wappen mit dem Schriftzug „Familienfreundlicher Bezirk Lichtenberg“.

JOACHIM PAMPEL

Toranlage zum Friedhof der Sozialisten wird saniert



Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat Geld zur Verfügung gestellt, damit das Tor endlich saniert werden kann.

Jedes Jahr im Januar finden sich in Friedrichsfelde Tausende ein, um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie weiterer Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung zu gedenken. Es ist die größte jährlich wiederkehrende politische Massenkundgebung. Sie hat eine lange bis 1848 zurückreichende Tradition. Damals trugen die Berliner die Toten der Barrikadenkämpfe im Friedrichshain zu Grabe

und verbanden dies mit einer klaren Willenskundgebung für die Ziele der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Sozialdemokratie knüpfte daran an. Seit der Beisetzung von Wilhelm Liebknecht im August 1900 ließen sich Mitstreiter und Anhänger ebenfalls in Friedrichsfelde bestatten. Das trug der Anlage im öffentlichen Bewusstsein den Beinamen „Sozialistenfriedhof“ ein.

Im Januar 1919 wurde Karl Liebknecht gemeinsam mit weiteren Opfern der Januarkämpfe hier beigesetzt. Im Juni folgte die inzwischen aufgefundene Rosa Luxemburg. Bis 1933 ehrten ihre Anhänger regelmäßig die Märtyrer der Revolution. Im Januar 1946 wurde an diese Tradition wieder angeknüpft. Da die Grabanlage der KPD von den Nazis geschleift worden war, entschied sich der Berliner Magistrat auf Vorschlag der SED für eine gemeinsame Anlage. Für die 1951 eröffnete Gedenkstätte der Sozialisten und den Friedhof schuf der Metallgestalter Fritz Kühn (1910-1967) neue Tore. „Einfach klar und würdevoll mussten sie gestaltet werden“, beschrieb er seine künstlerische Absicht.

In Zusammenarbeit zwischen dem Förderkreis, dem Bezirksamt und dem Landesdenkmalamt konnten Bundesmittel aus dem Denkmalschutzsonderrprogramm eingeworben und die Kofinanzierung gesichert werden. Noch in diesem Jahr beginnt die Sanierung der Toranlage, die seit ihrem Umbau in den 1960er Jahren einer Renovierung harret. Politiker der LINKEN haben das Anliegen tatkräftig unterstützt. JÜRGEN HOFMANN

Die Erbschaftssteuer ist ein Witz!

Interview mit Dr. Ulrich Schneider ist seit 1999 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Er ist verheiratet, Vater von zwei Kindern und spielt in einer Rockband. | Von ROBERT SOMMER



Ulrich Schneider hat etwas zu sagen. Er wird von den Medien gern gefragt, wenn es um mehr soziale Gerechtigkeit geht.

■ **Ihr Vater war Bierfahrer und Sie haben Erziehungswissenschaften studiert. War es früher einfacher als Sohn eines Bierfahrers zu studieren?**

Ja. Damals bekam ich Bafög und musste es nicht zurückzahlen. Die Mietkosten waren niedrig und das Studium war noch nicht so verdichtet wie heute. Ich konnte also neben dem Studium arbeiten.

■ **Welche Musik spielen Sie in Ihrer Rockband? Geht es um Liebe oder mehr um soziale Gerechtigkeit?**

Es geht um beides. Wir covern u. a. Bob Dylan und Neil Young, spielen aber auch eigene Songs.

■ **Sie waren in der Wendezeit „DDR-Beauftragter“ Ihres Verbandes. Was war da Ihre Aufgabe?**

Viele Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen kamen damals zu uns. Sie wollten beraten werden. Es ging vor allem um Hilfsmittel, aber auch um Unterstützung bei der Gründung von Vereinen.

■ **Welche Aufgabe hat Ihr Wohlfahrtsverband?**

Es geht immer um Hilfe, damit Menschen sich selbst und anderen Menschen helfen können und es geht um Interessenvertretung.

■ **Unter dem Dach des Verbandes sind über 10 000 eigenständige Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich organisiert. U. a. auch die Volkssolidarität. Woher wissen Sie, welche Interessen Sie vertreten sollen?**

Unser Vorsitzender Prof. Rosenbrock



Ulrich Schneider bei einer Demonstration in Köln zur Umverteilung von Reichtum.

sagt immer: „Wir sind das Nervensystem des Sozialen“. Es gibt allein auf Bundesebene 30 Arbeitskreise und Kommissionen, in denen über die soziale Lage im Land diskutiert wird. Aktuell haben wir eine Armutskonferenz mit 500 Teilnehmern durchgeführt. Mit dabei waren 24 Mitveranstalter, darunter der DGB und Pro Asyl. Da kommt schon viel Kompetenz zusammen.

■ **Ihr Verband hat den aktuellen Armutsbericht vorgelegt. Zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?**

Die Spaltung unserer Gesellschaft ist ein Fakt. 12,5 Mio. Menschen sind in unserem reichen Land arm. Die am stärksten von Armut betroffenen Gruppen sind Erwerbslose (58%). Auch die Kinderarmutsquote (19%) liegt nach wie vor deutlich über dem Gesamtdurchschnitt von 15,4%, wobei die Hälfte der armen Kinder in Haushalten Alleinerziehender lebt. Erstmals sind Rentnerhaushalte mit 15,6% überdurchschnittlich von Armut betroffen. Die Quote der altersarmen Rentnerinnen und Rentner ist seit 2005 um 46% und damit so stark angewachsen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe.

■ **Geht es den Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland wirklich besser als in Westdeutsch-**

land, wie immer wieder in einigen Zeitungen behauptet wird?

Nein. Eine große Zahl von ehemals Langzeitarbeitslosen kommt jetzt auch in Ostdeutschland ins Rentenalter. Viele Frauen haben in der DDR Vollzeit gearbeitet und nach der Wende nur noch Teilzeitjobs bekommen oder waren arbeitslos. Das wirkt sich auch auf die Rente aus. Hinzu kommt, dass es nur eine geringe betriebliche Absicherung und weniger Vermögen als in Westdeutschland gibt.

■ **Können Sie mit Ihren Erkenntnissen bei der Politik landen?**

Das hängt natürlich immer auch von den Fraktionen ab. Uns gelingt es schon immer wieder, in verschiedenen Arbeitsgruppen Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Bei Hartz IV haben wir kleine Änderungen erreicht, auch bei der Pflege oder beim Bundesteilhabegesetz. Doch wirkliche Durchbrüche in der großen Linie sind schwierig.

■ **Welche Durchbrüche braucht das Land?**

Wir brauchen einen öffentlichen Beschäftigungssektor, in dem sinnvolle Arbeit zu Tariflöhnen geleistet werden kann. Die Hartz IV-Regelsätze müssen angehoben und die Sanktionen abgeschafft werden. Kinder brauchen einen Rechtsanspruch auf Betreuung, Bildung und Erholung. Ich könnte Ihnen da noch viele begründete Forderungen nennen.

■ **Wie wollen Sie das finanzieren?**

Das geht natürlich nur, wenn in unserem Land eine andere Finanz- und Steuerpolitik gemacht wird. Die Reform der Erbschaftssteuer bspw. mit rund 300 Mio. Euro Mehreinnahmen im Jahr ist bei den gewaltigen Erbschaften ein Witz! Wir brauchen mehr Umverteilung.

■ **Sie leben in Berlin. Ist Berlin noch arm und sexy?**

Sexy? (lacht). Ich wohne im Süden. Da ist es eher gemütlich. Berlin ist immer noch eine arme Stadt. Obwohl die Armutsquote zurückgegangen ist. Das hängt mit dem überdurchschnittlichen Wachstum zusammen. Allerdings ist es immer noch so, dass Berlin seine Probleme nicht allein lösen wird. Dafür muss bundesweit umverteilt werden.

Lichtenberg und die Weltpolitik

36,6

ZAHL DES MONATS



Gute Stimmung bei der Kaffeetafel in der Frankfurter Allee Süd.

Wahlkreis kandidat Sebastian Schlüsselburg erklärt den geplanten Verlauf der Autobahn A 100 durch Lichtenberg.

Was denn die Friedensfrage mit Kommunalpolitik zu tun habe, wurde ich von einer Genossin gefragt. Sie meinte, wir sollten uns in Lichtenberg im Wahlkampf auf kommunale Fragen konzentrieren. Friedenspolitik sei doch eher Sache der Bundestagsfraktion. Eine solche Arbeitsteilung funktioniert nicht. Die Menschen fragen mich nicht auf der Straße, ob ich als Politikerin für Wohnungsbau, Kindergärten oder für den Bundeshaushalt zuständig bin. Sie berichten von all ihren Problemen und wollen dann eine kurze schlüssige Antwort. Der Verweis auf fehlende Zuständigkeiten wird nur als peinliches Ausweichmanöver gesehen.

In jedem Lichtenberger Wahlkreis lade ich zu Kaffeetafeln auf der Straße ein. Die Genossinnen und Genossen vor Ort backen Kuchen und kochen

Kaffee. Mitte August gab es die erste Kaffeetafel in der Judith-Auer-Straße. Über 40 Menschen kamen. Kaffee und Kuchen gingen weg wie warme Semmeln. Wenn ich die vielen Gespräche Revue passieren lasse, dann kann ich sagen, dass die Flüchtlingsfrage im Mittelpunkt der Diskussionen stand. Dabei verbinden sich persönliche, kommunale und globale Probleme zu einem komplizierten Knäuel. Das aufzulösen ist nicht immer ganz einfach. Dann zeigt sich schnell, dass viele persönliche und gesellschaftliche Probleme nichts mit den Flüchtlingen zu tun haben, sondern eher mit der Bundesregierung. Flüchtlinge sind in Lichtenberg, weil Deutschland immer noch einer der größten Waffenexporteure der Welt ist. Die Bundesregierung ist immer noch der

Meinung, dass man politische Probleme militärisch lösen könnte. Sie hat aus dem Afghanistan-Krieg wirklich nichts gelernt. Waren noch vor zwei Jahren die Hartz-IV-Beziehenden die Sündenböcke der Nation, sind es jetzt die Flüchtlinge. Eine Frau, die jeden Morgen um 3 Uhr in die S-Bahn steigt, um in Zehlendorf putzen zu gehen, beschwerte sich bei mir, dass sie für ihr Geld hart arbeiten müsse und die Flüchtlinge alles um sonst bekämen. Ja, Menschen in Not, wird geholfen, das gilt für Flüchtlinge, wie für Menschen, die hier schon immer leben. Dass arme Menschen zu wenig staatliche Hilfe bekommen, ist nicht Schuld der Flüchtlinge. Die Armen in unserer Gesellschaft wurden schon so behandelt, bevor die Flüchtlinge kamen. Wir haben in unserer Gesellschaft ein Verteilungsproblem, allerdings nicht zwischen armen Deutschen und armen Flüchtlingen, sondern zwischen den einem Prozent Vermögenden, die über ein Drittel des gesamten Vermögens besitzen und denen, die kein Vermögen haben. Die ungerechte Verteilung des Reichtums auf der Erde ist ein wesentlicher Grund für die Kriege. Es ist deshalb Aufgabe der LINKEN nicht nur in den Städten und Gemeinden, sondern weltweit für Verteilungsgerechtigkeit zu kämpfen.

■ „Weltfriedenstag europaweit feiern“ mit Gregor Gysi, Tino Eisbrenner, Gesine Löttsch, Martina Michels, 9.9., 18 Uhr, Taut-Aula.

GESINE LÖTZSCH

Wenn es überhaupt etwas in dieser Bundesregierung gibt, worüber Einigkeit herrscht, dann sind es Militärangelegenheiten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) forderte unlängst 130 Milliarden Euro mehr, um die Bundeswehr mit besserem Gerät ausstatten zu können und eine „Trendwende Personal“.

Und das, obgleich erst vor wenigen Jahren – übrigens auch unter der amtierenden Kanzlerin Merkel (CDU) – eine Verkleinerung der Bundeswehr beschlossen wurde.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat seinerseits einen neuen, unrühmlichen Rekord in Sachen Rüstungsexporte aufgestellt. Nie zuvor wurden so viele deutsche Waffen ins Ausland exportiert wie im Jahr 2015. Das erste Halbjahr 2016 kündigt bereits ein noch besseres „Bombengeschäft“ an, obwohl Gabriel zu Beginn seiner Amtszeit eine deutliche Reduzierung der Waffenexporte versprochen hatte. Alles scheint sich der jüngst ersonnenen und höchst gefährlichen Doktrin „Neue Macht. Neue Verantwortung.“ zu unterwerfen.

Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2017 ist zum wiederholten Male ein deutlicher Anstieg des Rüstungsetats vorgesehen. 36,6 Milliarden € will die Bundesregierung in ihre Truppe pumpen. Das ist 1 Milliarde € mehr, als der Bund für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gesundheit, Ernährung und Landwirtschaft, Wirtschaft und Energie, Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie für Justiz und für Verbraucherschutz ausgeben möchte.

Wie steht es eigentlich hier mit der Verantwortung? TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: Montag, 12.9., 17 Uhr. Bitte per Telefon unter 99 27 07 25 anmelden oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de.

Wohnungsnot und Grundgesetz

In den Städten fehlen preiswerte Wohnungen. Im Haushaltsausschuss haben wir deshalb im vergangenen Jahr beschlossen, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2018 zu verdreifachen. Die Zahl neu gebauter Wohnungen reicht nicht aus, um den Bedarf zu decken. Bis 2020 werden jedes Jahr 350 000 bis 400 000 neue Wohnungen gebraucht. Ab 2020 soll die Bundesförderung auslaufen. Dann liegt die Zuständigkeit allein bei den Ländern. Bauministerin Hendricks (SPD) will jetzt das Grundgesetz ändern, um dauerhaft Bundesmittel in den sozialen Wohnungsbau stecken zu können. Das klingt erst einmal gut. Allerdings weiß sie, dass es für eine Verfassungsänderung keine Mehrheit im Bundestag gibt. Die CDU ist dagegen. Doch mit diesem nicht realisierbaren Vorschlag hat die Ministerin erst einmal die Ver-

antwortung von sich geschoben. Das löst natürlich das Problem nicht.

Ich bin gegen die Änderung des Grundgesetzes. Es ist gut, dass die Länder für den Wohnungsbau verantwortlich sind. In den letzten Jahren sind schon viel zu viele Kompetenzen von den Ländern auf den Bund verlagert worden. Das ist ein echtes Demokratieverfall. Wenn in den Länderparlamenten nichts mehr zu entscheiden ist, dann fragen sich die Menschen, warum sie überhaupt zu Landtagswahlen gehen sollen. Als ich in den 1990er Jahren im Abgeordnetenhaus arbeitete, wurde noch über die BVG-Preise abgestimmt, das ist schon lange Geschichte. Leider.

Es gibt eine bessere Lösung. Wir müssen die Länder wieder stärken. Sie müssen über mehr Steuereinnahmen verfügen. Dafür braucht man

aber keine Verfassungsänderung. Ich denke da u.a. an die Erbschaftssteuer, die eine Ländersteuer ist. 2015 wurden 100 Mrd. Euro vererbt, auf die kaum Steuern gezahlt wurden. Insbesondere die CSU wehrt sich mit Händen und Füßen gegen eine gerechte Besteuerung von Unternehmen. Das Bundesverfassungsgericht forderte eine gesetzliche Regelung bis Ende 2016. Wenn sich SPD, LINKE und Grüne mit einer höheren Besteuerung von Erbschaften im Vermittlungsausschuss durchsetzen sollten, dann könnten viele neue preiswerte Wohnungen – und nicht nur Eigentumswohnungen – entstehen. Gleichzeitig müssen die Länder aufhören, Grund und Boden zu verkaufen. Ansonsten werfen wir die Steuergelder für den sozialen Wohnungsbau nur Miethaien in den Rachen. GESINE LÖTZSCH

Kein Milieuschutz im Weitlingkiez?

Die Mieten im Weitlingkiez steigen, etliche Bewohnerinnen und Bewohner fürchten sich vor Verdrängung. Deshalb hat die BVV eine Untersuchung auf den Weg gebracht – mit dem Ziel, das Quartier unter Milieuschutz zu stellen. Damit könnte das Bezirksamt die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und auch Luxussanierungen verbieten. In Berlin gibt es 30 Milieuschutzgebiete, die meisten in Kreuzberg und Prenzlauer Berg. In Lichtenberg wäre der Weitlingkiez das erste.

Doch das beauftragte Stadtplanungsbüro Topos kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass hier ein „relevanter demografischer und sozialer Strukturwandel“ nicht stattgefunden habe. Damit seien die rechtlichen Voraussetzungen für einen Milieuschutz nicht gegeben.

Doch damit wollen wir uns nicht zufriedengeben, denn es gibt einen starken Verdrängungsdruck auf einkommensschwache Haushalte. „Die Situation droht zu kippen“, erklärten unser Bezirksvorsitzender Michael Grunst und Christian Petermann, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion. Rund 14 000 Menschen leben im Weitlingkiez. Unter der im Weitlingkiez zahlenmäßig stärksten Gruppe (27- bis 45-Jährige) ist die angestammte Bevölkerung nur noch zu 45 Prozent vertreten. Diese zahlte 2015 Mietpreise von durch-



Katrin Lompscher findet: „Milieuschutz in Berlin hat was von Lotterie“ – in einem Bezirk werde er angewandt, in einem anderen nicht.

schnittlich 5,85 Euro nettokalt pro Quadratmeter, die Neuhinzugezogenen bereits 7,52 Euro – Tendenz steigend.

Wir verweisen auf eine Studie im Alt-Treptower „Kungerkiez“, die Topos fast gleichzeitig gemacht hat. Dort hat das Büro einen Milieuschutz empfohlen, obwohl die Bedingungen im Weitlingkiez fast identisch sind. Zum Beispiel wird in beiden Gebieten der Anteil der verdrängungsgefährdeten Bevölkerung auf exakt 50 Prozent

eingeschätzt. Die neu zugezogenen Mieterinnen und Mieter im Kungerkiez zahlen ein Cent mehr Quadratmetermiete als im Weitlingkiez. Wir verstehen nicht, wie es bei so ähnlichen Rahmenbedingungen zu so unterschiedlichen Einschätzungen kommen kann.

Michael Grunst lebt selbst im Weitlingkiez und freut sich darüber, dass das Quartier neue Bewohner anlocke. Doch es ist inzwischen schwer gewor-

den, eine bezahlbare Wohnung zu finden, und wird neugebaut, dann sind es oft Eigentumswohnungen. Christian Petermann findet, es sei Zeit, die Reißleine zu ziehen. Der Bezirk hat nur ganz wenige Instrumente, um Mietsteigerungen einzudämmen; er muss den Milieuschutz nutzen! Nun wird der Stadtentwicklungsausschuss beraten und ich lade zur Diskussionsveranstaltung im Weitlingkiez ein.

HENDRIKJE KLEIN

Ausbildung für geflüchtete Frauen



In der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge am Hausvaterweg leben 180 Frauen und Männer – v. l. n. r. Leiterin Annika Hartmann, Ines Schmidt und Sozialarbeiterin Karin Janetzki.

In den letzten Jahren sind insbesondere Menschen aus Krisen- und Bürgerkriegsregionen nach Deutschland geflüchtet. Es sind Familien, einzelne Männer und Frauen und auch unbegleitete Minderjährige. Sie kommen aus allen sozialen Schichten, haben ganz unterschiedliche Berufe in ihren Heimatländern ausgeübt und waren teilweise gezwungen, lebensgefährliche Wege der Flucht zu beschreiten. Den Vereinten Nationen zufolge sind derzeit weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Im Mai 2016 besuchte ich eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge am Hausvaterweg in Neuhohenschönhausen. Zurzeit beherbergt die Einrichtung 280 Bewohnerinnen und Bewohner, von denen monatlich 30 Menschen das Haus verlassen und in ein neues Leben starten.

Geleitet wird das Haus durch Annika Hartmann vom Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk (EJF). Wir haben uns über alles ausgetauscht, was im Hause wichtig ist. Von der Vermittlung von Wohnungen bis zu Deutsch-Grundkursen.

Ein weiteres Thema war, wie wir geflüchtete Frauen ins Arbeitsleben integrieren können. Dazu gab es inzwischen schon mehrere Termine. Einen Termin gab es mit zwei Ausbildern der BVG, ein zweiter fand mit den Mitarbeiterinnen der Agentur für Arbeit (AfA) statt. Die Idee ist ein EQ-Projekt, in dem zwölf Plätze mit dem Ziel der Ausbildung zur Industriemechanikerin/Energieelektronikerin angeboten werden. Diese Maßnahme soll am 1. März 2017 in der BVG beginnen.

Aus den Gesprächen weiß ich inzwischen, dass dieses Projekt in der

Umsetzung nicht sehr einfach werden wird. Da gibt es viele offene Punkte. Es ist beispielsweise fraglich, ob es junge Frauen gibt, die bereit sind, einen technischen Beruf zu erlernen. Oder ob sie bereit sind, fünf Jahre für die gesamte Ausbildungsdauer in Berlin zu bleiben. Interessant ist auch, ob die Frauen nach ihrer technischen Ausbildung in Deutschland bleiben können.

Wenn wir in enger Zusammenarbeit mit der AfA, der BVG und Frau Hartmann dieses Projekt umsetzen, werden wir einen Meilenstein für die Integration von geflüchteten Frauen setzen. Es ist ein Anfang, mit dem es im Laufe der Zeit immer mehr Frauen gelingen wird, ein ökonomisch unabhängiges Leben zu führen.

INES SCHMIDT

WK 1 Neuhohenschönhausen

Das ist uns wichtig

Die BVV-Kandidatinnen und -Kandidaten mit ihrem Schwerpunkt aus dem Wahlprogramm der LINKEN



© HOFFOTOGRAFEN

Ich stehe für: Soziale Gerechtigkeit ist für DIE LINKE in Lichtenberg eine zentrale Aufgabe. Wir wollen mit Mitteln des Bezirks der sozialen Spaltung entgegenwirken.

EVPRIM SOMMER



© PRIVAT

Ich stehe für: DIE LINKE. Lichtenberg ist bereit und fähig, in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien Verantwortung für die Entwicklung des Bezirkes zu tragen.

MICHAEL GRUNST



© GERHARD WESTRICH

Ich stehe für: Die Finanzierung der Jugendarbeit langfristig sicherzustellen und die Mitbestimmung von jungen Menschen auszubauen.

CLAUDIA ENGELMANN



© PRIVAT

Ich stehe für: DIE LINKE will die Qualität der Bildung in den Kitas verbessern. Dazu braucht es gut ausgebildetes Personal, kleine Kindergruppen sowie gute materielle Bedingungen.

DANIEL TIETZE



© PRIVAT

Ich stehe für: DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Sportstätten erhalten bzw. saniert werden. In Karlshorst muss endlich mit dem Bau eines Sportplatzes für den Schul- und Vereinssport begonnen werden.

INGEBORG GÖRSDORF



© ANJA BOSSE-BASTIAN

Ich stehe für: Notwendig ist die verbindlichere und frühzeitige Beteiligung der EinwohnerInnen an den konkreten Entscheidungen zu Zukunftskonzeptionen und baulichen Veränderungen in den Kiezen.

RAINER BOSSE



© KLAUS SINGER

Ich stehe für: Die Schullandschaft in Lichtenberg muss wachsen. 6 neue Grundschulstandorte sollen geschaffen und 12 Grundschulen erweitert werden, um die gestiegenen Schülerzahlen bewältigen zu können.

KERSTIN ZIMMER



© KLAUS SINGER

Ich stehe für: DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Öffnungszeiten der Schwimmhallen den Bedürfnissen der BenutzerInnen angepasst und die Preise bezahlbar bleiben für alle soziale Schichten.

NORMAN WOLF



© KLAUS SINGER

Ich stehe für: Die gleichberechtigte Teilhabe aller am kulturellen Leben ist Chance und Notwendigkeit zugleich für die Entwicklung einer aufgeklärten und sozial gerechten Gesellschaft.

KATRIN FRAMKE



© ARNO BATTKE

Ich stehe für: Die Investitionsprogramme der nächsten Jahre sollen durch anspruchsvolle Kunst-am-Bau-Wettbewerbe begleitet werden.

ANDREAS PRÜFER



© PRIVAT

Ich stehe für: Lichtenberg soll zu einer Bürgerkommune entwickelt werden, in der Politik, Verwaltung und Einwohnerschaft gemeinsam und auf Augenhöhe den Bezirk gestalten.

MARION BAUMANN



© PRIVAT

Ich stehe für: Chancengleichheit. Das geht nur, wenn von Anfang an der Weg partizipativ gestaltet wird und Geflüchtete ein gleiches Recht auf Teilhabe am Leben haben.

JOCHEN RAKOWSKI



© PRIVAT

Ich stehe für: Bildungschancen für Kinder müssen vergrößert werden, bei der Pflege sozialer Kontakte darf kein Kind ausgegrenzt werden und seine Gesundheit muss sich altersgerecht entwickeln können.

URSULA BEISSIG



© PRIVAT

Ich stehe für: Wo eine neue Wohnbebauung zu Lasten von Kleingartenanlagen, Park- und Erholungsflächen [...] erfolgen soll, sind eine Bebauung abzulehnen und gefährdete Flächen durch Bebauungspläne zu sichern.

ANTONIO LEONHARDT



© PRIVAT

Ich stehe für: Wir wollen das Kulturnetzwerk Hohenschönhausen unterstützen, um den Ausbau der kulturellen Infrastruktur und die intensivere Nutzung vorhandener Möglichkeiten zu fördern.

SASKIA WENZEL

Endspurt: Veranstaltungen auf einen Blick



MIT RAT & TAT

TERMINE

- **5.9., 18.30 Uhr,**
ein Sommer-Abend: „Linke Kommunalpolitik – Linke Lichtenberger Bürgermeister_innen“, Evrim Sommer und Michael Grunst mit Bärbel Grygier, Christina Emmrich und Wolfram Friedersdorff im Gespräch, KultSchule, Sewanstr. 43
- **6.9., 18 Uhr,**
„Ja zum bedingungslosen Grundeinkommen?“, Sebastian Schlüsselburg im Gespräch mit Katja Kipping, MdB, Vorsitzende der Linkspartei, Schottstraße 8, Wegen der begrenzten Platzzahl bitte anmelden: sebastian.schlueselburg@die-linke-berlin.de oder 0157/83558139
- **6.9., 19 Uhr,**
Harald Wolf im Talk mit Katja Kipping, MdB, Parteivorsitzende, Unterhaltsamer Auftakt mit der Musikgruppe „Windbeutel“, KultSchule, Sewanstraße 43
- **13.9. und 27.9., 19 Uhr,**
Bezirksvorstandssitzung, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **14.9. 17 Uhr,**
Diskussionsveranstaltung, Miteinander Wohnen e. V. Volkradstr. 8, Gesine Löttsch, Wolfram Friedersdorff und Hendrikje Klein zum Thema „Armut und Rente“
- **17.9., 12 Uhr,**
Demonstration „STOP CETA & TTIP – Für einen gerechten Welthandel“, Treffpunkt Alexanderplatz
- **8.10., 10 Uhr,**
6. Tagung der 4. Hauptversammlung Lichtenberg, ABACUS Tierpark Hotel, Franz-Mett-Str. 3-9
- **9.10., 10-12 Uhr,**
Politischer Frühschoppen „Wohin steuert die EU?“ mit Björn Aust, Referent für Europapolitik in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Havanna Bar, Treskowallee 111



Schneeballschlacht und Schneemann bauen: Sommer ist so schön. Für eine eisige Erfrischung sorgte DIE LINKE am Malchower See. Die nächste Eisaktion gibt's am Sonntag, dem 4. September ab 14 Uhr beim Kinderfest am Altenhofer Dreieck.

DIE LINKE lädt im September zu einer Reihe von Veranstaltungen ein. Da man leicht den Überblick verlieren kann, was wo läuft, fassen wir an dieser Stelle die wichtigsten Veranstaltungen zusammen:

Am Mittwoch, dem 7. September, um 16 Uhr, findet auf dem Prerower Platz am Linden-Center eine von fünf

Berliner Z-Veranstaltungen statt. Neben unseren bezirklichen Kandidaten werden Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, und Klaus Lederer, unser Berliner Spitzenkandidat, reden. Ein Kinderfest, Leckerer vom Grill und die Band „Bateria Brincadera“ sorgen für festliche Stimmung.

Am Freitag, dem 9. September, um 18 Uhr lädt DIE LINKE im Bundestag in der Max-Taut-Schule in der Fischerstraße zum Konzert „Musik statt Krieg“ ein. Durch das Programm führt der Tino

Eisbrenner. Auch Gregor Gysi, Gesine Löttsch und Martina Michels werden vor Ort sein.

Zwei Tage später, am Sonntag, dem 11. September, um 14 Uhr sehen wir uns vielleicht beim Lichtenberger Chorsommer. Diese Veranstaltung hat Tradition. Erleben Sie live Lichtenberger Chöre, vom Kinder- bis zum Seniorenchor. Der Chorsommer findet im Kulturhaus Karlshorst in der Treskowallee 112, statt.

Am Mittwoch, dem 14. September von 15-18 Uhr lädt der Ortsverband Karlshorst Kinder zum Hüpfburg-Springen, Zuckerwatte-Essen und Tretautos fahren auf den Johannesfest-Platz ein.

Einen Tag später, am Donnerstag, dem 15. September heißt es dann nochmal tief durchatmen für den Endspurt. Ab 16 Uhr findet auf dem Anton-Saefkow-Platz unsere zentrale Wahlkampfabschlussveranstaltung mit unserer Spitzenkandidatin für das Bürgermeisteramt, Evrim Sommer und Michael Grunst, Spitzenkandidat auf Platz 2 der BVV-Liste, statt.

Außerdem werden alle KandidatInnen für das Abgeordnetenhaus und unsere direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch vor Ort sein. Auch das Kinderfest aus der Kiste wird nicht fehlen. **NORMAN WOLF**

Mittelschicht bleibt draußen? Nicht mit uns.

Der Köder ist ausgeworfen auf der Infoveranstaltung am 4. Juli zum Bebauungsplan 11-47b südlich des Blockdammwegs: Eine neue Schule soll entstehen, was seit fünf Jahren nötig ist. Der Investor Bonava soll auch eine Kita und öffentliche Straßen bauen, 250 Wohneinheiten mit preisgebundenen Mieten von 6,50 € kalt/m² errichten. Warum beißen die Leute dann nicht begeistert an?

Zunächst hat das Publikum Bedenken vor zu großer Verdichtung südlich des Blockdammwegs und vermisst einen echten Park in der sog. Parkstadt.

Später platzt auch der soziale Anstrich ab: Der Investor nimmt dem Land die lästige Bürde des Baus von Kita, Straßen und anteilig (2 Mio.) einer Schule ab. Dafür langt er bei den Wohnungspreisen zu: Die genannte Mietpreisbindung fällt nach 20 Jahren weg; auch von den übrigen 800 Wohnungen hat die Mittelschicht nichts. Erste Schätzung: 3 000-4 000 €/m² Kaufpreis bzw. 10-12 € Miete. Nicht ein kostenfreier Stellplatz. Gewinner



Lichtenberger LINKE bei einer Protestaktion am Blockdammweg.

sind hier nur die Steuervermeidungslobby, die so Kosten des Staates indirekt auf Wohnende abwälzt, und Bonava. Konkrete Probleme: Die Schule auf dem Grundstück des Investors baut er dann selbst, statt öffentlicher Ausschreibung, und entscheidet über ihre Größe mit. Auch erwartet der Investor dann Wegsehen an anderer Stelle wie bei den Miet- und Verkaufspreisen der Wohnungen, denn die Kommune hat seine Baukosten in die Höhe ge-

trieben. So kommen wir in Berlin bei Mieten und Infrastruktur nicht voran. Wenn rechtzeitig öffentlich geplant wird, sind Schulen auch mit dem neuen Wohngebiet fertig. Kitas, Straßen und Schulen müssen Land und Bezirk finanzieren. Dafür soll in städtebaulichen Verträgen künftig deutlich mehr für erschwinglichen Mietwohnungsbau herausgeholt werden! Hierzu braucht es in Abgeordnetenhaus und BVV eine linke Mehrheit. **tf**

SPRECHSTUNDEN

- **Harald Wolf**, MdA, WK 6, 12.9., 17-18 Uhr, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **Michael Grunst**, Bezirksvorsitzender, „Wissen was läuft“, 13.9., 18-19 Uhr, Alfred-Kowalke-Straße 14

Lichtenberger Chorsommer



Die Chöre treten gern beim Lichtenberger Chorsommer auf. Denn es kommen viele Menschen und die Stimmung ist immer sehr gut.

Zusammen Musik erleben – der Moment, wenn ein Lied mehr ist als die Summe seiner einzelnen Teile. Wenn die Sängerinnen und Sänger die Resonanz des Publikums spüren, kann eine ganz besondere Atmosphäre entstehen. Deswegen ist trotz aller möglichen technischen Neuerungen die Live-Musik immer noch nicht aus der Mode gekommen und Konzerte erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit. Seit 2004 gibt es den Lichtenberger Chorsommer. Anfangs aus-

gerichtet vom Bezirksamt Lichtenberg, wird er seit 2008 mit der Unterstützung zahlreicher Ehrenamtlicher vom Verein „Gemeinsam in Lichtenberg e.V.“ organisiert. Sponsoren und Sondermittel aus dem Lichtenberger Haushalt halfen in der Vergangenheit, die Kosten für die Organisation einer solchen Veranstaltung an verschiedenen Standorten zu decken. Damit alle interessierten Lichtenbergerinnen und Lichtenberger die Chormusik genießen können, unterstützt das Amt für Weiterbildung und Kultur des Bezirksamtes Lichtenberg die Veranstaltung und der Eintritt ist und bleibt frei. Die Lich-

tenberger Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam in Lichtenberg e.V.“, Dr. Gesine Löttsch, ist die Schirmherrin der diesjährigen Veranstaltung.

Angekündigt haben sich die KMK Singers vom Coppi-Gymnasium, der Seniorenchor Friedrichsfelder Spätsommer, der gemischte Chor „Ernst Moritz Arndt“, die Chorgemeinschaft „bella musica“, der Chor „Yanuschka“ vom Lyra e.V. und der Männerchor „Cäcilia 1890 e.V.“. Unterstützung gibt es von dem Saxofonisten Rainer Theobald, der in den Chorpausen einige Stücke spielen wird.

■ 11.9., 14-18 Uhr, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Info: 992 707 25 HANNES PFIEFFER

WAHLAUFRUF

Am 18. September:
Mit beiden Stimmen DIE LINKE!



Für ein soziales und lebenswertes Lichtenberg.

Fotorätsel



Wie heißt dieses Wahllokal?

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2016 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Löttsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist der 30. September 2016. Bitte die Antworten an

gesine.loetzsch@bundestag.de mailen oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Löttsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Julirätsels: Das Gartenlokal „Zur Laube“ befindet sich in der Hohenschönhausener Str. 80.

Vielen Dank für die vielen richtigen Lösungen. Die Gewinner einer Tagesfahrt in den Bundestag mit Gesine Löttsch werden angeschrieben.



Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14, hat wie folgt geöffnet:

- montags 10 - 16 Uhr
 - dienstags 13 - 17 Uhr
 - donnerstags 13 - 19 Uhr
- Außerhalb der Sprechzeiten nur nach Vereinbarung.

Geschäftsstellenleiterin:

Marina Richter-Kastschajewa
■ **Telefon: 030 / 512 20 47**
■ **info@die-linke-lichtenberg.de**

„info links“ wird herausgegeben von: DIE LINKE - Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:
Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Str. 14, 10315 Berlin. **Fon:** (030) 512 20 47. **Fax:** (030) 516 592 42. **Mail:** info@die-linke-lichtenberg.de. **Web:** www.die-linke-lichtenberg.de **V.i.S.d.P.:** Daniel Tietze
Redaktionsschluss:
Ausgabe September: 25. August

Die nächste Ausgabe erscheint am Donnerstag, 27. Oktober 2016
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert. **Spendenkonto:** DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803. BIC: DE UT DE DB 110
Bitte immer Verwendungszweck angeben: 810-503, info links, Ihr Name, Vorname

KIEZFEST

- **Sonnabend, 3.9., ab 13 Uhr,** Seefest am Orankesee, Tanzen am Sandstrand und Staunen im Strandkorb, Strandbad Orankesee, Gertrudstr. 7, Eintritt 5 €, Kinder bis 12 Jahre, Mitglieder des Fördervereins frei
- **Sonnabend, 3.9., ab 13 Uhr,** Traberwegfest, Bunter Familiennachmittag, Familientreff Potpourri (EJF), Eginhardstraße 9

VORTRAG

- **Donnerstag, 8.9., 16.20 Uhr,** Alleen als Geschichtsbücher, Prof. Jürgen Hoffman, im Rahmen der Konferenz „Alleen als Teil unseres kulturellen Erbes“, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6

FÜHRUNGEN

- **Sonnabend, Sonntag 11./12.9.,** Tag des Offenen Denkmals, Info unter Tel: 902 593 670

KINO

- **Donnerstag, 22.9., 18-24 Uhr,** Die 90er Jahre KGB-Kunsterbst und lange Nacht der Bilder, studio im Hochhaus, Zingster Straße 25
- **Sonnabend, 24.9., 20 Uhr,** Stadtlichter-Internationale Lichtenberger Filmnächte, filmische Einblicke in das Leben und die Kultur der 7 Lichtenberger Partnerstädte, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 12
- **Mittwoch 28.9., 16 Uhr,** Honig im Kopf, Tragikomödie, CineMotion, Wartenberger Str. 174

WANDERUNG

- **Mittwoch, 14.9., 14 Uhr, und Sonnabend, 17.9., 14 Uhr,** Alt-Hohenschönhausen (9 km), Anna Seghers-Bibliothek im Linden-Center, 5 € (incl. Picknick + Wanderkarte), Anmeldung bis eine Woche vor Start erforderlich, Tel. 92 79 64 10

KUNST

- **Donnerstag, 22.9., 15 Uhr,** Vernissage Nicaraguanische Naive Kunst, aus Anlass des 80. Geburtstages des nicaraguanischen Malers Manuel García Moia